

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90.98/39  
Telex: 08 88 846-48 ppbn d



## Inhalt

Friedrich Schäfer, SPD-Fraktionsvize, schlägt bei erneuten Konflikten mit den Ländern gemeinsame Sitzungen von Bundestag und Bundesrat vor.  
Seite 1/2

Antje Huber, Bundesgesundheitsministerin, erläutert die Pläne zur Reform des Jugendhilfrechts.  
Seite 3/4

Karl Liedtke, SPD-Partei-ratsvorsitzender, kündigt größere Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten an.  
Seite 5

Martin Schmidt (Gellersen) MdB spricht sich bei der EG-Süderweiterung für Übergangslösungen aus.  
Seite 6/7

Wilhelm Nöbel MdB kritisiert die CDU-Angriffe gegen die Rechtsstruktur des Fernsehens.  
Seite 8

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 217

10. November 1978

Politische Verantwortung verlangt Entscheidungsbefugnisse  
-----  
Zum Verhalten der Bundesrats-Mehrheit bei der Diskussion um das Steuerpaket

Von Professor Dr. Friedrich Schäfer MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen  
Bundestagsfraktion

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 10. November 1978 dem vom Bundestag mit Mehrheit beschlossenen Steuerpaket nicht zugestimmt. Die in diesem Gesetz vorgesehenen Steuererleichterungen können also noch nicht wie vorgesehen in Kraft treten.

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat bei der Wirtschaftsgipfelkonferenz vom 15./16. Juli 1978 den Partnern zugesagt, daß die Bundesrepublik Deutschland ihren Beitrag zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise leistet. Das von der Bundesregierung dem Bundestag zugeleitete Steuerpaket enthält die in Aussicht gestellten Maßnahmen. Nach unserer Verfassung kann ein solches Gesetz nur in Kraft treten, wenn der Bundesrat zustimmt. Die Verweigerung der Zustimmung durch den Bundesrat wirft die Frage auf, ob die Bundesrepublik auf dem wichtigen Gebiet internationaler Wirtschaftspolitik überhaupt handlungsfähig ist, wenn sich die CDU-Mehrheit des Bundesrates so wie geschehen verhält. Wirtschaftspolitik und auswärtige Politik sind unbestritten Aufgaben, die vom Bund wahrzunehmen sind. Wenn - wie im vorliegenden Fall - das Instrument der Steuergesetzgebung benötigt wird, so müßte der Bundesrat, also auch die CDU-regierten Länder, den Vorrang dieser Aufgabe erkennen und sich entsprechend verhalten. Das taten die CDU-Ministerpräsidenten nicht. Der Bundesrat seinerseits kann keine Gesetze beschließen; er kann also nur ein solches Gesetz zu Fall bringen.

Hier stehen sich, nachdem der Bundesrat mit seiner CDU-Mehrheit die bundespolitischen Fragen in dem vorstehenden

Sinne nicht beachtet hat, zwei Grundprinzipien unseres Staatswesens gegenüber. Einerseits entscheidet das vom Volke gewählte Parlament über die Gesetze, andererseits bedürfen Steuergesetze der Zustimmung des Bundesrates, d.h. bei der derzeitigen Situation der Zustimmung auch der CDU-regierten Länder. Die Mitglieder des Bundesrates haben ihre Legitimation aus der Tatsache, daß sie Vertreter eines Landes sind. Sie werden von den einzelnen Landesregierungen bestimmt und sind von den Beschlüssen der Landeskabinette abhängig. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sind nach ausdrücklicher Bestimmung der Verfassung "Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen". Es ist also ein Widerstreit zwischen demokratisch unmittelbar legitimiertem Parlament und der Vertretung der Länder.

Das Parlament hat den Bundeskanzler gewählt; der Bundesrat ist daran nicht beteiligt. Der Bundeskanzler ist der politische Repräsentant der Bundesrepublik Deutschland. Er bestimmt nach der Verfassung die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Die Mehrheit des Bundestages, die ihn gewählt hat - das sind die SPD- und FDP-Bundestagsabgeordneten - sind mit der Bundesregierung im Grundsätzlichen der gleichen politischen Auffassung. Nach sorgfältiger politischer Beratung in den Ausschüssen und in den Fraktionen haben sie in öffentlicher Sitzung des Bundestages mit 221 : 210 Stimmen das Steuerpaket verabschiedet. Bundestagsmehrheit und Bundesregierung tragen dem Bürger gegenüber die Verantwortung für die Entscheidungen, aber auch dafür, daß anstehende Entscheidungen überhaupt getroffen werden können. Soll nun der Bundeskanzler und die gewählte Mehrheit des Bundestages durch eine CDU-Mehrheit im Bundesrat daran gehindert werden können, ihre Politik durchzusetzen und zu verantworten oder soll im Konfliktfall dann das vom Bürger unmittelbar gewählte Parlament entscheiden?

Ich bin der Auffassung, daß nur die Letztentscheidung durch das Parlament möglich ist. Unsere Verfassung weist insofern eine Lücke auf, als bei Ablehnung durch den Bundesrat niemand in der Lage ist, verantwortlich eine Sachfrage zu entscheiden. Zur Überwindung dieses Konflikts und zur Sicherstellung der staatsleitenden Entscheidungen könnte folgende Regelung geschaffen werden:

Wenn der Bundesrat - so wie am 10. November 1978 geschehen - ein zustimmungsbedürftiges Gesetz ablehnt, kann der Bundestag verlangen, daß eine gemeinsame Sitzung des Bundestages und des Bundesrates durchgeführt wird. In dieser öffentlichen Sitzung werden die Gründe von beiden Seiten vorgetragen. Vor dem ganzen deutschen Volke sollen die Argumente dargelegt werden. In Kenntnis dieser Argumente soll dann der Bundestag die Letztentscheidung mit Stimmenmehrheit, also mit 249 Stimmen, treffen.

Nur so kann eine Verfassungskrise verhindert werden, die aus der Nichthandlungsfähigkeit des Bundestages zusammen mit der Regierung und des Bundesrates entstehen kann. Die Demokratie muß in der Lage sein, durch ihr Organ, das ist der Bundestag, letztlich jede politische Frage zu entscheiden und vor dem Wähler zu verantworten. Nur Fragen der Änderung des Grundgesetzes müßten ausgenommen werden. (-/10.11.1978/ks/10)

Mehr Hilfen - weniger Heime  
-----

### Zur Kabinettsverabschiedung der Jugendhilfereform

Von Antje Huber MdB

Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit

Die Reform der Jugendhilfe ist eine der großen Reformen, die die sozialliberale Bundesregierung anzufassen sich vorgenommen hat, eine "überfällige Reform", wie der Kanzler in der Regierungserklärung gesagt hat. Wir haben diese Reform nun im Bundeskabinett verabschiedet und auf den parlamentarischen Weg gebracht. Ich bin zuversichtlich, daß sie noch in dieser Legislaturperiode Gesetzesrealität wird.

Warum die Reform so notwendig ist:

Die Reform der Jugendhilfe setzt bei der Situation der einzelnen Familie an und enthält ein den konkreten Problemlagen entsprechendes Hilfsangebot. Dabei werden besonders betont die Leistungen für die Familie, um deren Erziehungskraft zu stärken und die Trennung des Kindes von der Familie nach Möglichkeit zu vermeiden. Wichtigste Leistungen sind:

- Familienbildung und -beratung, damit Familien auf Erziehungsprobleme besser vorbereitet und ihre Fähigkeit gestärkt wird, damit selbst fertig zu werden.
- Intensive Betreuung von Familien in Problemsituationen (vor allem alleinerziehende Elternteile und Familien in ungesicherten Wohnverhältnissen) durch Ausbau der allgemeinen sozialen Dienste bei den Jugendämtern und den freien Trägern der Jugendhilfe.
- Ausbau der Erziehungsberatung, der Übungs- und Erfahrungskurse und der Erziehungsbeistandschaften, damit aufgetretene Erziehungsschwierigkeiten und Störungen in der Entwicklung des Kindes in der Familie und mit der Familie behoben werden und eine Heimeinweisung entbehrlich gemacht wird.
- Verbesserung der Betreuung von Kindern in Kinderkrippen und Kinderhorten.
- Ausbau der Familienpflege, insbesondere durch Zahlung eines angemessenen Familienpflegegeldes und durch intensive Beratung und Betreuung der Pflegefamilie. Vor

allem soll Kleinkindern die problematische Einweisung in ein Heim erspart und sollen geeignete Pflegefamilien auch für verhaltensgestörte Kinder gefunden werden.

Was die Reform kostet:

Die Kostenschätzung ist in Sachverständigengesprächen unter Beteiligung von Vertretern der Länder und der kommunalen Spitzenverbände abgestimmt worden. Bei Einbeziehung von 200 Millionen DM Mehrkosten für Jugendarbeit - für die der Entwurf jedoch keine Rechtsansprüche begründet und auch keine Mindestausstattung vorschreibt - ergeben sich folgende Mehrkosten:

- Einmalige Kosten	112,9 Millionen DM
- jährliche laufende Kosten (ab 1987)	783,3 Millionen DM
o davon Personalkosten	643,5 Millionen DM
o davon Sachkosten	139,8 Millionen DM

Die Mehraufwendungen sind durch Probleme selbst, nicht in erster Linie durch Gesetze bedingt. Ob die Kostenentwicklung in der Jugendhilfe ohne die Reform um diese Mehrkosten geringer, ob sie mit gleichem oder sogar mit noch höheren Steigerungsraten verlaufen würde, ist nicht zuverlässig vorherzusagen. Regionale Modellprogramme, die der Jugendhilfereform inhaltlich nahekommen, sind damit begründet worden, daß nur durch diese Programme die Kostenentwicklung in der Jugendhilfe in Grenzen gehalten werden könne, d.h. diese Programme in der Gesamtwirkung kostenmindernd seien. Im Zehnjahreszeitraum 1967 bis 1976 sind die in der Jahresstatistik der öffentlichen Jugendhilfe ausgewiesenen Bruttoausgaben von 951 auf 3.711 Millionen DM gestiegen; diese Steigerungsrate betrug 290,3 Prozent (zum Vergleich die Steigerungsrate in der Sozialhilfe 278,1 Prozent).

Fazit: Was wir für die Jugend ausgeben, geben wir für uns aus, für unsere Zukunft. Jede Mark, die die Erziehungskraft der Familien stärkt, hilft Geld für Heime und nochmal auch für Jugendgefängnisse sparen. (-/10.11.1978/ks/10)

+ + +

Partei ergreifen für die Freiheit

Arbeitsgemeinschaft der politisch verfolgten Sozialdemokraten soll aktiver werden

Von Karl Liedtke

Vorsitzender des SPD-Parteirates und stellvertretender  
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Gestern jährte sich zum 40. Male die "Kristallnacht", in der das Naziregime seine unmenschlichen Helfer ausschickte, Synagogen in Brand zu stecken und Wohnungen, Geschäfte, Fabriken der jüdischen Mitbürger zu zerstören. Dieses Ereignis, das zugleich das letzte und schrecklichste Kapitel der Judenverfolgung einläutete, hätte eigentlich jedem die Augen über den wahren Charakter des Naziregimes öffnen müssen.

Daß diese für jedermann erkennbaren Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenrechte keinen sichtbaren organisierten Widerstand gegen das Naziregime auslösten, ist vor allen dadurch zu erklären, daß organisierter Widerstand nur noch im Untergrund möglich war. Die Worte von Otto Wels am 23. März 1933 im Reichstag gesprochen: "Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht", waren für viele Sozialdemokraten seit diesen Tagen blutige Wirklichkeit geworden.

Sozialdemokraten und insbesondere vom Naziregime verfolgte Sozialdemokraten sind daher bei vielen Veranstaltungen anlässlich des 40. Jahrestages der "Kristallnacht" an der Seite der jüdischen Mitbürger anzutreffen gewesen, um gerade auch den jüngeren unter uns aus eigener Anschauung die Folgen von Diktatur und Faschismus zu verdeutlichen. Sozialdemokraten werden aus den gleichen Gründen allen neonazistischen Tendenzen immer wieder energisch entgegenzutreten und dafür Sorge tragen, daß die Schrecknisse der Jahre 1933 bis 1945 unwiederholbar bleiben.

Bei diesen Bemühungen wird die Arbeitsgemeinschaft der politisch verfolgten Sozialdemokraten, deren gesellschaftliche Notwendigkeit und deren Bedeutung für die Gesellschaft und die SPD der Parteivorstand unlängst noch einmal hervorgehoben hat, ihren Beitrag zu leisten haben. Die Arbeit dieser Arbeitsgemeinschaft ist zwar in den letzten Jahren aus vielerlei Gründen in den Hintergrund getreten. Der Parteivorstand hat jedoch den festen Willen bekundet, das Thema der politischen Verfolgung im Dritten Reich auf die Tagesordnung der Partei insgesamt zu setzen und damit auch die Arbeit dieser Arbeitsgemeinschaft wieder sichtbarer zu machen.

(-/10.11.1978/bgy/lo)

\* \* \*

Den Weg in eine dauerhafte Demokratie können Portugal und Spanien

nur im Rahmen der EG finden

Agrarpolitische Impressionen einer Informationsreise in die iberische Halbinsel

Von Dr. Martin Schmidt (Gellersen) MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Sechs Tage reisten in diesen Wochen Bonner Agrarpolitiker durch Portugal und Spanien. Sie wollten an Ort und Stelle einen Eindruck von der Problematik des Beitritts dieser Länder zur EG gewinnen. Anders als bei der Erweiterung zur Neunergemeinschaft in den damaligen Beitrittsländern ist heute in Portugal und Spanien ein breiter Konsens für den Beitritt zu verspüren. Von den politisch relevanten Kräften stehen allein in Portugal die Kommunisten abseits; in Spanien haben sich ihre Gesinnungsfreunde in die breite Beitrittsfront eingereiht.

In beiden Ländern überlagert aber das Gewicht der Probleme auf dem Weg zur Demokratie die Probleme des Anschlusses an Europa. Offen räumen Agrarpolitiker Portugals ein, sie beschäftige primär die Agrarreform im eigenen Land. Und in Spanien gesteht man freimütig, der Informationsstand über die EG und ihre Agrarpolitik sei noch sehr gering. Die in beiden Ländern betont dankbar empfundene deutsche Hilfe bei der Überwindung der jahrzehntelangen Diktatur wird hier auch bei der Eingliederung in die EG erwartet.

Dies gilt aber nicht nur für die Einräumung angemessener Anpassungsfristen, sondern auch für den Erfahrungsaustausch über die Mechanismen der Willensbildung in Brüssel und das Zusammenwirken mit den nationalen Regierungen und Parlamenten. Gerade den Parlamentariern dieser Länder, in denen sich die freiheitlich-parlamentarische Demokratie ihrer Entwicklungs- und Bewährungsphase befindet, sollte das deutsche Konsultationssystem nach Artikel 2 des Ratifikationsgesetzes zu den Römischen Verträgen nahegebracht werden. Dieses System verpflichtet die Bundesregierung, die Gesetzgebungsorgane von Brüsseler Rechtssetzungsakten vor der Beschlußfassung im Ministerrat zu unterrichten. Dies ist die wichtigste, weil einzige Mitwirkungsmöglichkeit von Bundestag und Bundesrat bei Brüsseler Entscheidungen.

Für die iberischen Beitrittsländer sind aber angemessene Übergangsfristen vor allem auf dem Agrarsektor von besonderer Bedeutung. In Portugal müssen die moderner Agrar-

technologie widersprechenden kleinen Betriebsstrukturen im Norden und die teilweise chaotischen Revolutionswirren im Agrarbereich im Süden überwunden werden. Für den Gemeinsamen Agrarmarkt kann dabei allerdings gleichgültig sein, welche Eigentumsform, kooperativer oder einzelbäuerlicher Betrieb, vorherrscht. Wichtig ist, daß sich nach der Übergangszeit die portugiesische Landwirtschaft am Markt bewährt. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wird man auch zu dem Grundsatz zurückfinden müssen, daß landwirtschaftliche Betriebe sich selbst und ihre Lohnkosten selbst erwirtschaften müssen und diese nicht, wie heute die kollektivierten Betriebe im Süden, über Notstands-Betriebsmittelkredite finanzieren. Diese betriebswirtschaftlich widersinnig erscheinende Finanzierung erscheint jedoch zur Zeit noch in einem milderem Licht, weil durch sie in diesen überbevölkerten und strukturschwachen Gebieten Dauer-Arbeitsplätze aufrecht erhalten werden, ohne die das Sozialbudget Portugals belastet würden.

Inflationsraten von mehr als 20 Prozent in Portugal und immerhin 17 Prozent in Spanien sowie Arbeitslosigkeitszahlen von 17 bzw. acht Prozent werfen ein weiteres breites Problembündel auch für die Gemeinschaft auf. Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt ohne - allerdings großzügige - Vermittlung durch die Arbeitsverwaltungen dürfte für eine lange Übergangszeit nicht in Betracht kommen, wenn nicht die empfindliche Störung des Arbeitsmarkts der bisherigen Neuner-Gemeinschaft eintreten sollen.

Starke Vorbehalte gegen den Beitritt Portugals sind in Spanien spürbar. In gewissem Maße ist hier die Agrarwirtschaft in den letzten beiden Jahrzehnten auf einen beitriffsfähigen Standard gebracht worden. Die drohenden Überschußprobleme bei Wein sind durch das Verbot des Weinanbaus auf bewässerten Flächen zurückgedrängt und die hohe Qualität bei Obst und Gemüse, um als Drittländersware Anteile auf dem europäischen Markt zu gewinnen, versprechen diesen Produkten eine starke Stellung in der EG. Allerdings setzen hier die Vorbehalte gegen den Beitritt Spaniens seitens der französischen und italienischen Landwirtschaft an.

Fazit der Reise: Die Beitrittswilligkeit beider Länder ist eingebettet in das breite Streben nach Verwirklichung der Demokratie auf der Iberischen Halbinsel. Beide Länder gehören bewußt zu Europa, wirtschaftlich, kulturell und historisch, und drängen in die Gemeinschaft. Dies gilt auch für Portugal, das in seiner vorrevolutionären Zeit als Kolonialmacht vorwiegend überseeorientiert und durch einen jahrhundertealten Beistandspakt allenfalls Großbritannien verbunden war. Brüssel und die Regierungen der Neun werden mit beiden Ländern sehr sorgfältig ausgewogene Übergangsregelungen suchen müssen. Den Weg in eine dauerhafte Demokratie können Portugal und Spanien nur im Rahmen der EG finden.

(-/10.11.1978/ks/10)

Journalistische Unabhängigkeit verteidigen  
-----

CDU-Vorschläge machen aus dem Fernsehen die Mattscheibe der Nation

Von Dr. Wilhelm Nöbel MdB

Vorsitzender der medienpolitischen Arbeitsgruppe der  
Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Der Medientag der CDU/CSU hat gezeigt, daß die Opposition ihren "medienpolitischen Ritt über den Bodensee" mit dem Ziel, einen Privatfunk zu schaffen, fortsetzt. Zwar wurde sowohl von Kohl als auch von Schwarz-Schilling und weiteren Sprechern der CDU ein Lippenbekenntnis zum Fortbestehen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten abgelegt. Die mit der Sache Vertrauten wissen jedoch, daß in der Konkurrenz zum an Einschaltquoten orientierten Kommerzfunk die öffentlich-rechtlichen Anstalten entweder "in Schönheit sterben" oder sich anpassen, sprich: das Niveau senken müssen.

Das Ergebnis, das jedenfalls die SPD nicht mitmachen wird, heißt dann: Täglich Sex und Gewalt, garniert mit wenig Nachrichten und viel Werbung auf den Bildschirmen, die dann zu Recht "Mattscheiben der Nation" genannt werden können. Den CDU-Medienpolitikern kann man nur empfehlen, aufmerksam ihr eigenes gerade beschlossenes Grundsatzprogramm durchzulesen. Dort heißt es, daß man Bewährtes schützen wolle. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in der Bundesrepublik Deutschland hat sich bewährt. Er ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen und liberalen Errungenschaften der zweiten Republik. Ihn abzuschaffen, bedeutet eine Enteignung des Bürgers (WDR-Intendant v. Sell). Genau das wird zum erstenmal in der Geschichte dieser Republik systematisch versucht. Als Ausdruck dieser "konzentrierten Reaktion" nenne ich nur einige besonders herausragende Beispiele der bisher bekannt gewordenen Operationen:

- Die Kündigung des NDR-Staatsvertrages durch Gerhard Stoltenberg, die man mit Egon Bahr nur als einen Akt politischer Nötigung bezeichnen kann, der die Unabhängigkeit des Norddeutschen Rundfunks, das gesamte ARD-Gefüge und darüber hinaus die Existenz von über 3.000 Mitarbeitern leichtfertig aufs Spiel setzt.
- Verunsicherung der Führung und der Redakteure, damit diese sich "unter ständiger Kontrolle fühlen und dadurch zu besonderer Vorsicht gegenüber der CDU angehalten sind" (WDR/WAZ-Studie aus dem Adenauer-Haus).
- Weichenstellung für ein kommerzielles Rundfunksystem durch systematische Diffamierung der bewährten öffentlich-rechtlichen Anstalten und der darin beschäftigten Journalisten.
- Das Ansetzen von CDU-Funktionären als Kontrolleure und Zuträger auf die Hörfunk- und Fernsehprogramme des WDR, wie von Kurt Biedenkopf kürzlich angeordnet.

Der Kampf der CDU um die Macht in den Hörfunk- und Fernsehanstalten hat System und Geschichte. Nicht die Inhalte, nur die Personen, die diese Politik vertreten, haben sich geändert. Bereits am 27. Mai 1947 wandte sich der Rundfunk- und Presseausschuß der CDU-NRW mit einer Resolution an Konrad Adenauer. Darin wurde gefordert: "Ausbau des Kölner Senders als christlich-abendländischer Sender im Gegensatz zum liberal-marxistischen Sender Hamburg."

Alles in allem hat sich der Medientag der CDU als ein durchsichtiges Ablenkungsmanöver von den wahren Absichten der Opposition erwiesen. Gemäß der von der Bonner CDU-Zentrale ausgegebenen Losung, wonach die nächste Bundestagswahl im Fernsehen entschieden wird, setzt sie alles daran, in den Funkhäusern durch ein Klima der Verunsicherung und des Drucks die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Von Ausgewogenheit war viel, von journalistischer Unabhängigkeit war kaum die Rede. Wir Sozialdemokraten werden den Journalisten im Kampf um ihre Unabhängigkeit zur Seite stehen. Denn er ist in Wahrheit ein Kampf um das Recht des Bürgers auf freie Information und freie Meinungsbildung.

(-/10.11.1978/ks/lo)